

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln
Piraten-Gruppe
Ratsgruppe GUT

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 31.07.2017

AN/1077/2017

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	31.07.2017

Freilassung und Ausreise von Liu Xiaobos Witwe und deren Bruder

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 31.07.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

In der dreißigjährigen lebendigen Städtepartnerschaft Köln – Peking kommen dem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch sowie Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge eine große Bedeutung zu. Die Partnerschaft zeichnet eine lange und intensive Beziehung aus, die Rat und Verwaltung auch weiter pflegen und vertiefen möchten. Nicht minder spielen Fragen der Bürger- und Menschenrechte von je her eine wichtige Rolle im städtepartnerschaftlichen Austausch.

Die Nachricht vom Ableben des Pekinger Bürgers Liu Xiaobos hat zu einer großen weltweiten Anteilnahme am Schicksal des prominenten Menschenrechtsverteidigers geführt. Der Hauptausschuss drückt sein Beileid an die Witwe des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo aus und schließt sich den Worten des UN-Menschenrechtskommissar Said Raad al-Hussein an: „Die Menschenrechtsbewegung in China und der ganzen Welt hat einen prinzipientreuen Meister verloren.“

Der Hauptausschuss unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der EU-Kommission, UN-Menschenrechtskommission, der Bundesregierung und anderer westlicher Staaten gegenüber der chinesischen Regierung, die Witwe des Verstorbenen, Liu Xia und deren Bruder die Ausreise ohne Restriktionen in ein Land ihrer Wahl zu gestatten. Zudem unterstützt der Hauptausschuss die Forderung, den Angehörigen des verstorbenen Liu Xiaobo uneingeschränkte Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit zu gewähren.

Der Hauptausschuss bittet die Oberbürgermeisterin, diese Botschaft des Hauptausschusses an die Pekinger Stadtregierung und die Witwe Liu Xia zu richten.

Begründung:

Nachdem Liu Xiaobo aus einem chinesischen Gefängnis in ein Krankenhaus verlegt worden war, verstarb der 61jährige Schriftsteller wenige Tage später an den Folgen einer schweren Leberkrebserkrankung.

Die Nachricht vom Tod Liu Xiaobos hat zu einer neuen Welle von weltweiter Anteilnahme am Schicksal des prominenten Menschenrechtsverteidigers geführt. Verschiedene Regierungen, darunter die deutsche Bundesregierung, bemühten sich bis zu einem Tod auf diplomatischem Wege, um eine Freilassung und die Ausreise von Liu Xiaobo. Sie griffen damit auch Forderungen internationaler Menschenrechtsorganisationen wie z.B. auch Amnesty International auf.

Liu Xiaobo war Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. Er war Dozent an der Pädagogischen Universität Peking und von 2003 bis 2007 Präsident des Unabhängigen Chinesischen PEN-Zentrums. Wegen seines Engagements für die Menschenrechte war Liu Xiaobo immer wieder inhaftiert, zum ersten Mal zwischen 1989 und 1991 nach den Pekinger Studentenprotesten auf dem Tiananmen-Platz. Er war einer der Hauptinitiatoren der „Charta 08“, in der über 5.000 chinesische Intellektuelle und Bürger demokratische Reformen in China forderten. Noch vor der Veröffentlichung des Textes wurde er am 8. Dezember 2008 verhaftet und ein Jahr später wegen „Aufwiegelung zur Subversion“ zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Seitdem war Liu Xiaobo ununterbrochen in Haft. 2010 wurde Liu Xiaobo der Friedensnobelpreis verliehen, den weder der inhaftierte Autor selbst noch ein von ihm Bevollmächtigter entgegennehmen konnte.

Liu Xia (*1961) ist Fotografin und Lyrikerin. Ihr künstlerisches Werk ist in China verboten. 1998 heiratete sie den damals inhaftierten Liu Xiaobo im Arbeitslager. Am Tag der Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo wurde Liu Xia in Peking unter Hausarrest gestellt. Ihre Wohnung wird seitdem rund um die Uhr durch Sicherheitsorgane überwacht.

Es ist eine wesentliche Aufgabe in kommunalen Partnerschaften die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte zu vertreten und zu fördern. Im letzten Jahr hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, ein Umsetzungskonzept zur Stärkung der menschenrechtlichen Verantwortung in der Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln zu entwickeln („Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit“ – AN/0814/2016, 10.05.16). Köln ist mit der chinesischen Hauptstadt Peking partnerschaftlich verbunden. Liu Xiaobo war Pekinger Bürger, als er in Haft kam; seine Frau Liu Xia steht in Peking seit vielen Jahren unter Hausarrest.

Bereits 2010 schloss sich der Rat der Stadt Köln der weltweit erhobenen Forderung an, Liu Xiaobo aus der Haft zu entlassen und zusammen mit seiner Frau zur Verleihung des Friedensnobelpreises nach Oslo ausreisen zu lassen („Köln-Peking: Unterstützung des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo“ – AN/2223/2010, 25.10.10).

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thomas Hegenbarth
Piraten-Gruppe

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT